

# Nein zur SVP-Familieninitiative

**Am 24. November stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung auch über die Familieninitiative der SVP ab. Die Initiative ist steuerpolitisch unsinnig, weil Steuerabzüge unabhängig der effektiven Auslagen abgezogen werden könnten. Bund, Kanton und Gemeinden werden die Steuerausfälle zu kompensieren wissen.**

Mi. Wenn es nach dem Willen der SVP geht, soll die Bundesverfassung mit einer Harmonisierungsbestimmung im Steuerrecht ergänzt werden: Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

## Steuerpolitisch falsch

Die Initiative will somit einen Abzug erlauben, ohne dass Auslagen getätigt werden. Das ist systemfremd, geht doch das Steuerrecht von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen aus. So wäre es zum Beispiel undenkbar, die Kosten für ein GA abziehen zu lassen, ohne ein GA zu besitzen, nur weil der öffentliche Verkehr unterstützt werden soll. Es käme wohl auch niemandem in den Sinn, einen Spendenabzug zuzulassen, ohne wirklich Geld gespendet zu haben oder dem Eigenheimbesitzer einen Hypothekarzinsabzug zu ge-

währen, obwohl er keine Hypothek besitzt, nur um eine Gleichstellung zwischen Mieter und Eigentümer herbeizuführen.

**«Den Rahmen so setzen, dass Familien frei wählen können.»**

## Fiskalpolitisch verheerend

Mit dem Pauschalabzug für Mütter, die ihre Kinder selber betreuen, entstehen laut Bundesrat geschätzte Steuerausfälle bei der direkten Bundessteuer von rund 390 Millionen Franken. Zusammen mit den Kantonen und Gemeinden wird mit einem Steuerausfall von 1,4 Milliarden Franken gerechnet. Zur Kompensation der Steuerausfälle würden Bund, Kanton und Gemeinden gezwungen sein, die Steuern anzupassen. Die Initiative würde zudem die Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf untergraben.

## Familienpolitisch fraglich

Die Initiative ist verlockend. Wer will schon Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, die verdiente Wertschätzung verwehren?

Es schleckt aber keine Geiss weg, dass mit einer, von effektiven Kosten unabhängigen finanziellen Unterstützung, für die Kinder-

betreuungsarbeit nicht berufstätiger Eltern, eine Subvention für die traditionelle Familie eingeführt würde. Das ist zwar populistisch, aber nicht richtig. Eine zukunftsgerichtete Familienpolitik fördert die Erwerbstätigkeit beider Eltern, ist doch die Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Es macht ökonomisch keinen Sinn, Frauen von der Berufsschule bis zur Universität teuer auszubilden, um sie später mit steuerlichen Anreizen von der Erwerbstätigkeit abzuhalten. Unsere Familienpolitik sollte den Rahmen so setzen, dass Familien frei wählen können, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Das heisst, ohne steuerliche Bestrafung und mit der Möglichkeit, dass dann, wenn beide Eltern arbeiten wollen oder müssen, die Kinder fremdbetreut werden können. Jede Familie soll frei entscheiden können, wie sie leben möchte.



## Alle verlieren. Keiner gewinnt.



**«Nein zu 1:12, weil sie gegen Abzocker nichts taugt.»**

Angela Casanova-Maron,  
Grossrätin FDP, Domat/Ems



**«Die Schweiz setzt mit 1:12 ihre Trümpfe aufs Spiel. Deshalb sage ich NEIN!»**

Ella Florin-Caluori,  
Grossrätin CVP, Bonaduz

**NEIN  
ZU 1:12**

[www.1-12-nein.ch](http://www.1-12-nein.ch)

Nein zur 1:12 Initiative - Postfach 301, 7001 Olten



FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT.

